

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	29
Teil 1: Begriff und Geschichte des Solidaritätsstreiks	35
§ 1 Der Begriff des Solidaritätsstreiks	35
A. Der Arbeitskampfbegriff	35
I. Die sozialen Erscheinungsformen des Arbeitskampfes	35
II. Arbeitskampfbegriffe	36
1. Kampfzielorientierter Arbeitskampfbegriff	37
2. Kampfmittelorientierter Arbeitskampfbegriff	38
3. Stellungnahme	38
B. Der Solidaritätsstreik	39
I. Die soziale Erscheinungsform des Solidaritätsstreiks	39
1. Akzessorischer und nicht akzessorischer Solidaritätsstreik	39
2. Ganz oder teilweise Arbeitsniederlegung	40
3. Identität der kampf führenden Parteien	40
4. Ziele des Solidaritätsstreiks	40
a) Tarifverträge	41
b) Sonstige Ziele	42
II. Juristische Begriffsbildung	42
1. Rechtsprechung	42
2. Literatur	43
3. Stellungnahme	46
III. Abgrenzung von anderen	
(Unterstützungs-)kampfmaßnahmen	47
1. Der Boykott	47
2. Die kollektive Verweigerung von Streikarbeit	49
IV. Abgrenzung vom politischen Streik	50
V. Abgrenzung vom Demonstrationsstreik	51

§ 2 Die historische Entwicklung des Solidaritätsstreikrechts	52
A. Einleitung	52
B. Der Norddeutsche Bund und das Deutsche Reich zwischen 1869 und 1918	52
C. Die Weimarer Reichsverfassung 1919	55
I. Die Entstehung der Weimarer Reichsverfassung	55
II. Streikfreiheit oder Streikrecht	56
III. Das Solidaritätsstreikrecht unter Geltung der Weimarer Reichsverfassung	57
D. Die Länderverfassungen nach 1945	59
I. Streikrecht oder Streikfreiheit	61
II. Das Solidaritätsstreikrecht in den Landesverfassungen	64
1. Westdeutsche Landesverfassungen	64
2. Ostdeutsche Landesverfassungen nach 1990	65
E. Das Grundgesetz vom 23. Mai 1945 und die Entwicklung des Arbeitskampfrechts nach 1949	67
I. Die Entstehung des Grundgesetzes	67
II. Streikrecht oder Streikfreiheit	70
III. Das Solidaritätsstreikrecht unter der Geltung des Grundgesetzes	70
IV. Die wirtschaftliche Bedeutung des Solidaritätsstreiks	76
Teil 2: Der Solidaritätsstreik im Arbeitskampfsystem der herrschenden Meinung	79
§ 3 Die normativen Grundlagen des Arbeitskampfsystems	79
A. Einleitung	79
B. Die Koalitionsfreiheit gemäß Art. 9 Abs. 3 GG als Grundnorm des richterrechtlichen Arbeitskampfsystems	82
I. Die historische Auslegung der Koalitionsfreiheit	82
II. Von der Kernbereichslehre zum Schutz der koalitionsspezifischen Betätigung	84
III. Die Ableitung des Streikrechts aus der Tarifautonomie	85
IV. Die Koalitionsfreiheit als arbeitskampfbezogenes Grundrecht der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber	86

C. Die Bedeutung der landesverfassungsrechtlichen Gewährleistungen des Streikrechts	87
§ 4 Die Einschränkungen der herrschenden Meinung bezüglich bestimmter Ziele und Beteiligter des Solidaritätsstreiks	89
A. Tarifbezogenheit des Streikrechts	89
B. Demonstrationsstreiks	92
C. Rechtsstreiks	92
D. Keine Regelung bestimmter Entscheidungen des Arbeitgebers	93
I. Keine Regelung des Kernbereichs unternehmerischer Entscheidungsfreiheit und der Letztentscheidungsbefugnis der Verwaltung bei der Erfüllung ihres Amtsauftrags	93
II. Konkrete Ausgestaltung des Kernbereichs bzw. der Letztentscheidungsbefugnis	93
E. Erstreikbarkeit eines Firmentarifvertrags bei einem verbandsangehörigen Arbeitgeber	95
F. Gewerkschaftsgetragenheit des Arbeitskampfes	95
I. Rechtswidrigkeit des nicht gewerkschaftlich getragenen Solidaritätsstreiks	95
II. Ausnahme für den Solidaritätsstreik im Rahmen eines Boykotts	95
§ 5 Die Reichweite des Solidaritätsstreikrechts im Arbeitskampfsystem der herrschenden Meinung	96
A. Einleitung	96
B. Das Solidaritätsstreikrecht und das Solidaritätsprinzip	97
I. Rechtliche Relevanz des Solidaritätsprinzips	97
1. Solidaritätsprinzip in der höchststrichterlichen Rechtsprechung	97
2. Aktive freiwillige Solidarität der Beschäftigten	99
II. Solidarität der verschiedenen Beschäftigtengruppen	101
1. Angestellte	102
2. Beamte	104
3. Arbeitnehmerähnliche Personen	106

C. Das Solidaritätsstreikrecht und das mittelbares Eigeninteresse der Streikenden	107
D. Das Solidaritätsstreikrecht und das Partizipationsprinzip	107
E. Das Solidaritätsstreikrecht und die Freiheit der Kampfmittelwahl	109
F. Das Solidaritätsstreikrecht und das Paritätsprinzip	110
G. Das Solidaritätsstreikrecht und der Tarifbezug des Arbeitskampfes	110
I. Unmittelbarer Tarifbezug	110
1. Grundsätzliche Unzulässigkeit des Solidaritätsstreiks	111
2. Herleitung von Ausnahmefallgruppen aus dem Grundsatz der Erfüllbarkeit der Kampfforderung	111
a) Grundlegende Kritik an den Ausnahmefallgruppen	112
b) Kritik an einzelnen Ausnahmefallgruppen	113
3. Weiterentwicklung der Ausnahmefallgruppen	114
a) Neutralitätsverletzung	114
aa) Neutralitätsverletzungen neben der Übernahme der Produktion	114
bb) Insbesondere Neutralitätsverletzungen durch Meinungsäußerungen	114
b) Wirtschaftliche Verflechtung	115
II. Mittelbarer Tarifbezug	117
III. Solidaritätsstreiks bei unmittelbarem und mittelbarem Tarifbezug	117
IV. Stellungnahme	118
1. Solidaritätsstreiks als historisch überkommene Kampfmittel	118
2. Wortlaut der Koalitionsfreiheit gemäß Art. 9 Abs. 3 GG	121
3. Grundsatz der Grundrechtseffektivität	121
4. Kein Schutz atypischer Kampfmittel	122
5. Die Gefahr der „totalen Sozialschlacht“	122
6. Erfüllbarkeit der Kampfforderung	123
7. Widerspruch zum Modell der Privatautonomie	125
8. Widerspruch zu einer marktförmigen Preisbildung	125
9. Widersprüchlichkeit der bisherigen BAG-Rechtsprechung	126
H. Friedenspflicht	127
I. Verstoß gegen die relative Friedenspflicht	127
II. Sonderproblematik des Verweises auf einen anderen Tarifvertrag	128

I. Die Ausgestaltung des Solidaritätsstreikrechts durch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	130
I. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip	130
1. Verhältnismäßigkeit und Parität	130
a) Formelle Parität und normative Parität	131
b) Tarifbezogene abstrakt-materielle Parität	131
aa) Das Tarifgebiet als Grenze des Kampfgebiets	133
(1) Begründung und Kritik des Tarifgebiets als Grenze des Kampfgebiets	133
(a) Störung der Parität im Kampfgebiet durch Solidaritätsstreiks	133
(b) Störung der Parität durch sozialversicherungsrechtliche Auswirkungen des Solidaritätsstreiks	134
(2) Beschränkung des Kampfgebiets auch auf den persönlichen Geltungsbereich des Tarifvertrags	135
bb) Ausnahmefallgruppen	136
(1) Rechtliche oder wirtschaftliche Identität des Arbeitgebers	137
(2) Neutralitätsverletzung	138
(3) Inkongruente Tarifzuständigkeit	139
(4) Kleine Gewerkschaften und besondere Arbeits- und Produktionsmethoden	139
(5) Einheit der Belegschaft	141
(6) Besondere Beschäftigtengruppen	142
(a) Beschäftigte auf Seeschiffen	142
(b) Arbeitnehmerähnliche Personen	143
(c) Leiharbeiternehmer	144
(7) Öffentlicher Dienst	144
(8) Notdienst- und Erhaltungsarbeiten	146
c) Gesamtparität	146
d) Abschließende Stellungnahme	147
2. Verhältnismäßigkeit und Kampftaktik	149
3. Verhältnismäßigkeit und Tarifforderung	149
4. Verhältnismäßigkeit und Kampfziel	150
a) Geeignetheit	150
aa) Einschätzungsprärogative der Gewerkschaften	150
(1) Druckvermittlung auf Arbeitnehmerseite	151
(2) Druckvermittlung auf Arbeitgeberseite	151
(3) Keine reine Machtdemonstration	151

bb) Begründung und Kritik der Einschätzungsprärogative	152
cc) Einzelfälle	152
b) Erforderlichkeit	154
c) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinn	156
aa) Unterstützung eines rechtmäßigen Hauptkonflikts	156
bb) Nähe zum Hauptkonflikt	160
(1) Wirtschaftliche Verflechtung	160
(a) Produktions-, Dienstleistungs- oder Lieferbeziehungen	160
(b) Einheit der Belegschaft	160
(c) Konzernrechtliche Verflechtung	161
(d) Verbandsrechtliche Verflechtung	161
(e) Mehrstufige wirtschaftliche Verflechtungen	162
(f) Verstoß gegen Wettbewerbs- und Vergaberecht	162
(2) Neutralitätsverletzung	164
(3) Koordiniertes Vorgehen der beteiligten Gewerkschaften	165
(4) Schwerpunkt des Arbeitskampfes	165
(a) Kriterien zur Bestimmung von Dauer und Umfang des Solidaritätsstreiks	166
(b) Berücksichtigung der Belastung auf Arbeitgeberseite	167
(c) Ausnahmen bei Paritätsstörung	167
(5) Weitere Abwägungsgesichtspunkte	168
(a) Partizipationsprinzip	168
(b) Demonstrative Solidaritätsstreiks	169
(6) Verhältnis der Abwägungsgesichtspunkte	170
(a) Koordiniertes Vorgehen der beteiligten Gewerkschaften	171
(b) Übrige Abwägungsgesichtspunkte zur Nähe des Hauptarbeitskampfes	172
(7) Einschätzungsprärogative	173
II. Kritik der Verhältnismäßigkeitsprüfung	174
1. Normative Herleitung	175
a) Zulässigkeit der Rechtsfortbildung	175
b) Begründung und Kritik des Verhältnismäßigkeitsprinzips	176
aa) Arbeitskämpfe als Eingriffe in vertragliche Rechte	176

bb) Bindung des Streikrechts und der Tarifautonomie an das Allgemeinwohl	177
cc) Verhältnismäßigkeitsprinzip als allgemeiner privatrechtlicher Rechtsgrundsatz	177
dd) Ableitung aus § 74 BetrVG	178
ee) Verhältnismäßigkeitsprinzip als Folge einer privatautonomen Selbstbindung der Tarifparteien	178
ff) Verkennung der verfassungsrechtlichen Funktion des Verhältnismäßigkeitsprinzips	179
gg) Verstoß gegen das Paritätsprinzip	180
hh) Innere Widersprüche der Verhältnismäßigkeitsprüfung	180
2. Unbestimmtheit des Verhältnismäßigkeitsprinzips	181
3. Abschließende Stellungnahme	181
 Teil 3: Die völkerrechtliche Reichweite des Solidaritätsstreikrechts	183
§ 6 Die Streikrechtsgarantie des Art. 6 Ziffer 4 Europäische Sozialcharta	183
A. Einleitung	183
B. Überwachungsverfahren	184
C. Der Inhalt der Streikrechtsgarantie des Art. 6 Ziffer 4 ESC	185
I. Streikrecht oder Streikfreiheit	185
II. Keine Tarifakzessorietät des Streikrechts	187
1. Inhalt der Gewährleistung	187
a) Uneinigkeit bezüglich der Tarifakzessorietät des Streikrechts	187
b) Auslegung des Vertragsinhalts	189
c) Vorliegen einer späteren vertragsändernden Übung	190
2. Verfassungswidrigkeit eines nicht tarifakzessorischen Streikrechts	192
III. Solidaritätsstreikrecht	192
1. Gewährleistung des Solidaritätsstreikrechts	192
2. Verhältnismäßigkeitsprinzip	194
D. Innerstaatliche Rechtsverbindlichkeit	195
I. Ummittelbare Anwendbarkeit der Streikrechtsgarantie gemäß Art. 6 Ziffer 4 ESC	195
1. Keine Abweichung von völkerrechtlichem Vertrag und nationaler Umsetzung	196
2. Inhalt des Art. 6 Ziffer 4 ESC	197

II. Das Verhältnis der Streikrechtsgarantie einschließlich ihrer Auslegung durch die Überwachungsorgane zum nationalen Recht	199
1. Das Verhältnis der Europäischen Sozialcharta zum innerstaatlichen Recht	199
a) Einschränkung der lex posterior-Regel bei völkerrechtlichen Verträgen	200
b) Völkerrechtskonforme Auslegung der Grundrechte und rechtsstaatlichen Grundsätze des Grundgesetzes bei menschenrechtlichen Verträgen	200
c) Die Europäische Sozialcharta als menschenrechtlicher Vertrag	201
2. Die Bedeutung der Schlussfolgerungen des Sachverständigenausschusses und der Empfehlungen des Ministerkomitees	201
a) Innerstaatliche Berücksichtigung der Entscheidungen von Überwachungsorganen mit authentischer Interpretationsbefugnis	202
b) Recht zur authentischen Interpretation der ESC-Überwachungsorgane	202
c) Innerstaatliche Berücksichtigung der Spruchpraxis der ESC-Überwachungsorgane	206
§ 7 Die Koalitionsfreiheit gemäß Art. 3 IAO-Übereinkommen Nr. 87	207
A. Einleitung	207
B. Überwachungsverfahren	208
C. Der Solidaritätsstreik und die Koalitionsfreiheit gemäß Art. 3 IAO-Übereinkommen Nr. 87	210
I. Ableitung eines Streikrechts	210
1. Uneinigkeit bei der Ableitung des Streikrechts	210
2. Auslegung des Übereinkommensinhalts	212
3. Vorliegen einer späteren übereinkommensändernden Übung	213
II. Kein tarifakzessorisches Streikrecht	215
III. Solidaritätsstreik	217
1. Gewährleistung des Solidaritätsstreikrechts	217
2. Verhältnismäßigkeitsprinzip	218

D. Innerstaatliche Rechtsverbindlichkeit	219
I. Unmittelbare Anwendbarkeit der Koalitionsfreiheit gemäß Art. 3 IAO-Übereinkommen Nr. 87	219
II. Das Verhältnis der Koalitionsfreiheit einschließlich ihrer Auslegung durch die Überwachungsorgane zum nationalen Recht	221
1. Verhältnis des IAO-Übereinkommens Nr. 87 zum nationalen Recht	221
2. Bedeutung der Schlussfolgerungen des Sachverständigenausschusses, des Ausschusses für Vereinigungsfreiheit und der Empfehlungen der Untersuchungskommissionen	221
§ 8 Das Streikrecht in den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen	224
A. Einleitung	224
B. Überwachungsverfahren	225
I. Die bürgerlichen und politischen Rechte des IPbpR	225
II. Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte des IPwskR	226
C. Der Solidaritätsstreik und die UN-Menschenrechtspakte	226
I. Die Koalitionsfreiheit gemäß Art. 22 IPbpR	226
II. Das Streikrecht gemäß Art. 8 Abs. 1 Buchstabe d IPwskR	228
D. Innerstaatliche Rechtsverbindlichkeit	231
I. Unmittelbare Anwendbarkeit der Koalitionsfreiheit gemäß Art. 22 IPbpR	231
II. Unmittelbare Anwendbarkeit der Streikrechtsgewährleistung gemäß Art. 8 IPwskR	231
III. Die Rechtsverbindlichkeit der Auslegung durch die Überwachungsorgane	232
§ 9 Die Koalitionsfreiheit gemäß Art. 11 Europäische Menschenrechtskonvention	233
A. Einleitung	233
B. Das Solidaritätsstreikrecht und die Koalitionsfreiheit gemäß Art. 11 EMRK	234
I. Ableitung eines Streikrechts	234
1. Anerkennung einer dynamischen rechtfortbildenden Auslegung der EMRK	234

2. Ursprünglich nur eingeschränkte Gewährleistung des (Solidaritäts-)streikrechts	235
3. Paradigmenwechsel infolge der Entscheidung des EGMR im Fall Demir und Baykara	236
a) Das Recht auf Kollektivverhandlungen und Streik als integraler Bestandteil der Koalitionsfreiheit gemäß Art. 11 EMRK	236
b) Streikrechtskonzeption des EGMR	237
c) Begründung und Kritik der Rechtsprechung	237
II. Solidaritätsstreikrecht	240
1. Streikrechtsgewährleistung gemäß Art. 6 Ziffer 4 ESC	241
2. Koalitionsfreiheit gemäß Art. 3 IAO-Übereinkommen Nr. 87	241
3. UN-Menschenrechtspakte	241
4. (Rechts-)akte der Europäischen Gemeinschaft bzw. der Europäischen Union	242
5. Rechtspraxis der Vertragsstaaten der EMRK	242
C. Innerstaatliche Rechtsverbindlichkeit	243
§ 10 Das Konkurrenzverhältnis der völkerrechtlichen Solidaritätsstreikrechtsgewährleistungen und Ergebnis	244
Teil 4: Das Solidaritätsstreikrecht in rechtsvergleichender Perspektive	247
§ 11 Einleitung	247
§ 12 Solidaritätsstreiks in Großbritannien	248
A. Grundlagen des Streikrechts	248
I. Grundsätzlich kein die arbeitsvertraglichen Pflichten suspendierendes Streikrecht	248
II. Streikfreiheit durch Haftungsausschlüsse („trade disputes immunities“)	249
B. Reichweite des Solidaritätsstreikrechts	251
I. Von der weitgehenden Zulässigkeit zum weitgehenden Verbot des Solidaritätsstreiks	251
II. Die aktuelle Rechtslage	255
C. Ergebnis	256
§ 13 Solidaritätsstreiks in Frankreich	257
A. Grundlagen des Streikrechts	257
I. Wahrung der beruflichen Interessen der Arbeitnehmer	258

II. Erfüllbarkeit der Kampfforderung	258
B. Reichweite des Solidaritätsstreikrechts	259
I. Interner Solidaritätsstreik	259
II. Externer Solidaritätsstreik	260
III. Grenzüberschreitende Solidaritätsstreiks	261
C. Ergebnis	262
 Teil 5: Entwicklung eines widerspruchsfreien, völkerrechts- und verfassungskonformen Solidaritätsstreikrechts unter Einbeziehung der rechtsvergleichenden Perspektive	 263
§ 14 Entwicklung eines widerspruchsfreien, völkerrechts- und verfassungskonformen Solidaritätsstreikrechts	263
A. Das Solidaritätsstreikrecht als demokratisches Selbstbestimmungsrecht der Arbeitnehmer	263
B. Reichweite des Solidaritätsstreikrechts	267
I. Beschränkung nur durch kollidierende Grundrechte der Arbeitgeber und sonstige Rechtsgüter von Verfassungsrang	267
1. Ausgestaltungsspielraum im Arbeitskampfrecht	267
a) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	267
b) Die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts	268
2. Begründung und Kritik des Ausgestaltungsspielraums	269
II. Die kollidierenden verfassungsrechtlich geschützten Rechtspositionen im Einzelnen	271
1. Koalitionsfreiheit gemäß Art. 9 Abs. 3 GG	272
2. Berufsfreiheit gemäß Art. 12 Abs. 1 GG	275
a) Drittarbeitgeber	275
aa) Schutzbereich und Eingriff	275
bb) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	276
(1) Verhältnis von Berufsausübungsfreiheit und Koalitionsfreiheit	276
(2) Berücksichtigung der völkerrechtlichen Vorgaben	277
(3) Bedeutung des personalen Grundzugs der Berufsfreiheit	277
(4) Kein Eingriff in den Kernbereich der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit	279
b) Arbeitgeber des Hauptkonflikts	279
c) Nichtstreikende Arbeitnehmer	281

3. Eigentumsfreiheit gemäß Art. 14 Abs. 1 GG	281
4. Meinungsfreiheit gemäß Art. 5 Abs. 1 GG	282
a) Schutzbereich und Eingriff	282
b) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	282
III. Ergebnis	283
Teil 6: Solidaritätsstreiks in Sonderbereichen	285
§ 15 Solidaritätsstreiks in Sonderbereichen	285
A. Solidaritätsstreik im öffentlichen Dienst	285
I. Demokratieprinzip gemäß Art. 20 Abs. 3 GG	285
II. Neutralitätsprinzip	286
III. Öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis gemäß Art. 33 Abs. 4 GG und hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums gemäß Art. 33 Abs. 5 GG	287
B. Solidaritätsstreik im Medienbereich	289
C. Einbeziehung eines nichtverbandsangehörigen Arbeitgebers in einen Verbandsarbeitskampf	292
Teil 7: Der Solidaritätsstreik mit Auslandsberührung	295
§ 16 Der Solidaritätsstreik zur Unterstützung eines Arbeitskonfliktes im Ausland	295
A. Grenzüberschreitende Solidaritätsstreiks	295
I. Billigflaggenkampagne der ITF	295
II. Solidaritätsaktionen in der Druckindustrie	296
III. Solidaritätsstreiks innerhalb transnationaler Unternehmen und Konzerne	296
IV. Weitere Solidaritätsstreiks und -aktionen	297
V. Zukunft grenzüberschreitender Solidaritätsstreiks	298
B. Rechtmäßigkeit des Solidaritätsstreiks	298
I. Allgemeine Rechtmäßigkeit	298
1. Streitstand	298
2. Begründung der Rechtmäßigkeit des grenzüberschreitenden Solidaritätsstreiks	301
a) Historische internationale Ausrichtung der Gewerkschaftsbewegung	301
b) Erforderlichkeit zur Herstellung der Parität	301
c) Völkerrechtliche Vorgaben	302

II. Rechtmäßigkeit eines Solidaritätsstreiks in einem transnationalen Unternehmen – Arbeitskampfdurchgriff?	303
C. Kollisionsrechtliche Probleme	305
I. Solidaritätsstreik	305
II. Hauptkonflikt	305
1. Anzuwendende Rechtsordnung	306
2. Korrektur über den „ordre public“ gemäß Art. 6 EGBGB i. V. m. Art. 6 Verordnung (EG) Nr. 864/2007 (Rom II-Verordnung)	307
a) Anwendbarkeit bei streikfreundlicher Rechtsordnung	307
b) Anwendbarkeit bei streikfeindlicher Rechtsordnung	308
Teil 8: Der Solidaritätsstreik im Recht der Europäischen Union	311
§ 17 Rechtliche Vorgaben der Europäischen Union auf dem Gebiet des Streikrechts	311
A. Rechtssetzungskompetenz der Europäischen Union	311
B. Unionsgrundrechtliche Gewährleistung des Streikrechts	311
§ 18 Der Solidaritätsstreik und die Grundfreiheiten	313
A. Kollision von Grundfreiheiten und Streikrecht	313
B. Bedeutung für das Solidaritätsstreikrecht	315
C. Solidaritätsstreik und unionsrechtliches Streikrecht	316
I. Die Rechtsprechung des EuGH	316
II. Rechtsquellen des Streikgrundrechts der EU	317
1. Streikrecht gemäß Art. 6 Ziffer 4 ESC	318
2. Koalitionsfreiheit gemäß Art. 3 IAO-Übereinkommen Nr. 87	318
3. Streikrecht gemäß Ziffer 13 Abs. 1 der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer	318
4. Streikrecht gemäß Art. 28 Var. 2 GRCh	319
a) Gewährleistung des Solidaritätsstreikrechts	319
b) Verweisungsnorm auf das jeweilige nationale Recht	321
c) Ausgestaltungs- und Schrankenvorbehalt	321
d) Die Streikrechtsgewährleistung des Art. 11 EMRK als Mindeststandard	322
aa) Keine Beschränkung des Mindeststandards gemäß Art. 52 Abs. 3 GRCh auf den Wortlaut der EMRK	323

bb) Entsprechung von Art. 28 Var. 2 GRCh und Art. 11 EMRK	324
5. Koalitionsfreiheit gemäß Art. 11 EMRK	325
6. UN-Menschenrechtspakte	326
7. Gemeinsame Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedsstaaten	326
8. Ergebnis	326
§ 19 Kollision von Streikrecht und europäischem Wettbewerbs- und Vergaberecht	327
A. Wettbewerbsrecht	327
I. Vorliegen eines Wettbewerbsverstoßes	327
II. Verhältnis von Solidaritätsstreikrecht und Wettbewerbsrecht	328
1. Bereichsausnahme	328
2. Abwägung zwischen Wettbewerbsrecht und Solidaritätsstreikrecht	329
a) Begründungsdefizite bei der Einschränkung des unionsrechtlichen Streikgrundrechts	329
b) Das Streikrecht nach Art. 11 EMRK als Mindeststandard des Streikgrundrechts der Union	330
aa) Das Wettbewerbsrecht als vertragsimmanente Schranke	330
bb) Einschränkung des Art. 11 EMRK durch Wettbewerbsrecht	331
B. Vergaberecht	332
§ 20 Das Streikrecht der Beschäftigten der Europäischen Union	333
A. Anerkennung des Streikrechts	333
I. Die unionsrechtliche Regelung der Beschäftigungsverhältnisse	333
II. Gewährleistung des Streikrechts	333
B. Solidaritätsstreikrecht	334
§ 21 Ergebnis der Untersuchung des EU-Rechts	335
Teil 9: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung	337
Literaturverzeichnis.	341